

Bündnis Potsdam! bekennt Farbe

„FÜR DEMOKRATIE, TOLERANZ UND WELTOFFENHEIT – GEGEN GEWALT,
RECHTSEXTREMISMUS UND MENSCHENFEINDLICHKEIT“

Leitlinien

Dezember 2022

Zuletzt geändert am 22.05.2025

PRÄAMBEL

„Niemand darf wegen der Abstammung, Nationalität, Sprache, des Geschlechts, der sexuellen Identität, sozialen Herkunft oder Stellung, einer Behinderung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder aus rassistischen Gründen bevorzugt oder benachteiligt werden.“

(Artikel 12, Absatz 2, Verfassung des Landes Brandenburg 2013)

Wir, die Mitglieder des Bündnisses „Potsdam! bekennt Farbe“, stehen für eine tolerante und weltoffene Stadtgesellschaft ein, welche auf ein demokratisches, solidarisches und chancengleiches Miteinander setzt. Rechtsextremen, rechtspopulistischen und gruppenbezogen menschenfeindlichen Vorfällen und Entwicklungen treten wir aktiv und gewaltfrei entgegen.

Wir handeln auf Basis der im Jahr 2019 gemeinsam formulierten Bündnisleitlinien „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“. Diese knüpfen an den „Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam“ aus dem Jahr 2002 an.

Unsere Leitlinien gründen auf dem Kapitel „Eine Stadt für alle“ des Leitbildes der Landeshauptstadt Potsdam, der Verfassung des Landes Brandenburg (insbesondere Artikel 7a und dem Artikel 12), auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

I. EINLEITUNG

„Potsdam ist eine Stadt der Vielfalt, Chancengleichheit und Toleranz für alle Menschen, unabhängig von Lebensentwurf, Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Kultur, Glaube, sexueller Orientierung und Einkommen.“ (*Kapitel 1, Satz 5, Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam 2016*)

Die Landeshauptstadt Potsdam versteht sich als „Eine Stadt für alle“, in der Diskriminierung und Ausgrenzung keinen Platz haben. Die Artikulation des städtischen Leitbildes ist das Ergebnis eines Prozesses, in dem der „Lokale Aktionsplan für Toleranz und Demokratie – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam“ von 2002 eine Wegmarke darstellt.

Mit dem „Lokalen Aktionsplan“ reagierte Potsdam auf die damalige akute Zunahme von Straftaten mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund. Der „Lokale Aktionsplan“ wurde seinerzeit mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung als Handlungskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam angenommen. Er war ein umfassender Maßnahmenkatalog, der sich konkret gegen den organisierten Rechtsextremismus und rechte Subkulturen, gegen Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus sowie gegen rechte Gewalt und Straftaten in Potsdam richtete.

Der „Lokale Aktionsplan“ empfahl mit Blick auf seine Umsetzung die Einrichtung eines begleitenden Beirates und einer koordinierenden Servicestelle. Der 2002 gegründete Beirat wurde 2010 in das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ umbenannt. Die 2002 eingerichtete Service- beziehungsweise Koordinierungsstelle liegt seit 2004 innerhalb der Potsdamer Stadtverwaltung.

Auf dem „Lokalen Aktionsplan“ aufbauend hat das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ im Jahr 2019 die hier vorliegenden Bündnisleitlinien formuliert und 2022 um die Organisations- und Kommunikationsstrukturen des Bündnisses ergänzt. Sie gründen auf dem Leitbild „Eine Stadt für alle“ der Landeshauptstadt Potsdam und den verfassungsmäßig verbrieften Grund- und Menschenrechten.

II. DAS BÜNDNIS „POTSDAM! BEKENNT FARBE“

Das Bündnis ist ein Netzwerk aus Akteur*innen der Potsdamer Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft unter dem Vorsitz des amtierenden Oberbürgermeisters oder der amtierenden Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Potsdam. Die *Koordinierungsstelle* des Bündnisses liegt im Bereich „Partizipation und Tolerantes Potsdam“ der Landeshauptstadt Potsdam.

Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ engagiert sich für eine tolerante und weltoffene Stadtgesellschaft, die auf ein demokratisches, solidarisches und chancengleiches Miteinander baut. Rechtsextremen, rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Vorfällen und Entwicklungen tritt es aktiv und gewaltfrei entgegen. Es ist offen für neue Mitglieder aus allen Bereichen der Stadtgesellschaft, die sich zu den Bündnisleitlinien bekennen. Es agiert als Aktionsbündnis, als Netzwerk und als Informationspool. Als Aktionsbündnis handelt es kurzfristig, als Netzwerk und Informationspool wirkt es nachhaltig.

Das Aktionsbündnis

Das Bündnis baut auf die Unterstützung und die Beteiligung der Stadtgesellschaft. Es agiert und reagiert im öffentlichen Raum. Versuche der politischen Agitation durch rechtsextreme, rechtspopulistische und menschenfeindliche Akteur*innen nimmt das Bündnis nicht widerspruchslos hin. Es reagiert kurzfristig und mobilisiert seine Mitglieder sowie eine Vielzahl von Potsdamer*innen für vielfältige, kreative und gewaltfreie Proteste und Aktionen.

Das Netzwerk und der Informationspool

Das Bündnis vernetzt Akteur*innen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beziehungsweise für eine tolerante und weltoffene Stadtgesellschaft im Sinne der Bündnisleitlinien engagieren. Die Fülle der Akteur*innen stellt einen Pool dar, der es dem Bündnis intern wie extern ermöglicht, aufzuklären, zu beraten, zu informieren, fortzubilden und zu vermitteln. Das Bündnis baut dabei auf die Expertise und die Handlungsfelder seiner Akteur*innen.

III. FÜR DEMOKRATIE, TOLERANZ UND WELTOFFENHEIT

Mit der Aufstellung des „Lokalen Aktionsplanes“ im Jahr 2002 ist ein wesentlicher Grundpfeiler der toleranten und weltoffenen Stadtgesellschaft gesetzt worden. Die Potsdamer Einwohner*innen haben im Jahr 2008 artikuliert, was sie mit Toleranz und Weltoffenheit verbinden. Niedergeschrieben ist das im „Neuen Potsdamer Toleranzedikt“. Dieses ist das Ergebnis eines offenen und breit angelegten Stadtdialogs. Zeitgleich hat sich die Landeshauptstadt Potsdam ein erstes Integrationskonzept gegeben, das inzwischen regelmäßig fortgeschrieben wird. Potsdam als „Eine Stadt für alle“ heißt Zugewanderte explizit willkommen und lädt sie ein, die Stadtgesellschaft aktiv mitzugestalten. Seit 2006 ist die Landeshauptstadt Potsdam

Mitglied in der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus e.V.“ Mit dem Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ erfüllt die Stadt eine der Verpflichtungen aus dem Zehn-Punkte-Aktionsplan, welche sie mit ihrem Beitritt eingegangen ist. Darüber hinaus versteht sich die Landeshauptstadt Potsdam als Bürgerkommune. Grundlagen für eine partizipative Kommune sind durch die Einrichtung der „WerkStadt für Beteiligung“ und des Beteiligungsrates gesetzt. Alle diese Wegmarken sind durch die Stadtverordnetenversammlung legitimiert. Die hier skizzierten Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam sind wegweisend. Sie betont zu Recht ihre Vorbildwirkung über ihre Stadtgrenzen hinaus.

Die derzeitige gesellschaftspolitische Entwicklung in Europa jedoch gibt Anlass zur Sorge. Demokratisch verfasste Gesellschaftsvorstellungen werden in Frage gestellt. Auch in der Bundesrepublik ist unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung durch die Präsenz von rechtsextremen und rechtspopulistischen sowie gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen bedroht. Diese allgemeine Entwicklung lässt sich in der Landeshauptstadt Potsdam ebenfalls nachvollziehen. Das Bündnisengagement „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ zielt deshalb insbesondere auf die Beförderung und Verteidigung der demokratisch verfassten, toleranten und weltoffenen Stadtgesellschaft.

Stärkung der Demokratie

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung garantiert die Unantastbarkeit der demokratischen Ordnung und die obersten Grundwerte wie die Würde des Einzelnen. Alle Menschen sind frei und vor dem Gesetz gleich. In seinem Engagement für eine *demokratische* Stadtgesellschaft bezieht sich das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ deutlich auf diese Grundordnung. Es zielt hierbei auf die Beförderung und Verteidigung einer starken Demokratie auf kommunaler Ebene. Wirkungsvolle demokratische Diskurse, Strukturen und Aktivitäten in einer *solidarischen* und *chancengleichen* Stadtgesellschaft erschweren es rechtsextremen oder rechtspopulistischen Akteur*innen und Menschenfeind*innen, zu agieren und sich und ihre Ideen nachhaltig in der Stadtgesellschaft zu etablieren. In der Partizipation von Einwohner*innen, der Integration von Zugewanderten, der Anerkennung vielfältiger geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen, der Gewährleistung der Freiheit von Glauben, Religion und Weltanschauung beziehungsweise in einem solidarischen und chancengleichen Miteinander sieht das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ Kernelemente, welche die demokratisch verfasste Stadtgesellschaft identifizieren und stärken.

Stärkung durch Partizipation

Leitlinie

Die Partizipation von Einwohner*innen an Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene macht Selbstwirksamkeit erfahrbar, da demokratische Entscheidungsprozesse auf dieser Ebene unmittelbarer wahrgenommen werden können. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ unterstützt die Landeshauptstadt Potsdam in ihrem Bestreben, die kommunale Demokratie durch die Partizipation von Einwohner*innen an Entscheidungsprozessen zu stärken.

Stärkung durch Integration

Leitlinie

Die Landeshauptstadt Potsdam heißt Zugewanderte explizit willkommen und setzt sich für ihre Integration ein. Sie erteilt Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine klare Absage. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ sieht, wie die Landeshauptstadt Potsdam, in der Integration von Zugewanderten eine tragende Säule der auf ein demokratisches, solidarisches und chancengleiches Miteinander bauenden Stadtgesellschaft. Es unterstützt daher das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam. Das Bündnis heißt Interessenvertretungen von Migrant*innen und deren Selbstorganisationen als Mitglieder ausdrücklich willkommen.

Stärkung durch Freiheit des Glaubens, der Religion und der Weltanschauung

Leitlinie

Die Glaubens- und Religionsfreiheit, die jedem Menschen unabhängig von seiner Staatszugehörigkeit die Freiheit des Glaubens und des religiösen beziehungsweise weltanschaulichen Bekenntnisses zusichert, ist im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert. „Eine Stadt für alle“ nimmt auf die Freiheit von Religion, Glauben und Weltanschauung deutlichen Bezug. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ unterstützt die Landeshauptstadt Potsdam bei der Gewährleistung der im Grundgesetz verankerten Freiheiten im Rahmen seines Engagements.

Stärkung durch Solidarität

Leitlinie

Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ engagiert sich für eine *solidarische* Stadtgesellschaft. Der Begriff *solidarisch* steht hier für eine Solidarität des Handelns, für gegenseitige Hilfe und das Entstehen füreinander als Stütze einer Stadtgesellschaft, die achtsam und respektvoll miteinander umgeht. In der zunehmenden sozialräumlichen Spaltung der Stadtgesellschaft sieht das Bündnis eine Gefahr. Von Segregation betroffene Menschen sind empfänglicher für rechtsextreme, rechtspopulistische und menschenfeindliche Deutungsmuster. Eine solidarische Stadtgesellschaft nimmt die Unterstützung von armen und sozial ausgegrenzten sowie körperlich und psychisch eingeschränkten Menschen in den Blick und betrachtet sie als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft.

Stärkung durch Chancengleichheit

Leitlinie

Die Beförderung und Verteidigung einer *chancengleichen* Stadtgesellschaft frei von Diskriminierung ist elementarer Bestandteil des Leitbildes der Landeshauptstadt Potsdam. „Eine Stadt für alle“ zielt auf eine Stadtgesellschaft, in der Menschen unabhängig von ihrer Sprache, Herkunft, äußeren Erscheinung, ihrem sozialen Status, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität unbehelligt leben und sich frei entfalten können. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ unterstützt die Landeshauptstadt Potsdam bei der Gewährleistung dieser verbrieften Grund- und Menschenrechte. Einen aktiven Beitrag dafür leistet das Bündnis in seinem Engagement „Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“.

IV. GEGEN GEWALT, RECHTSEXTREMISMUS UND MENSCHENFEINDLICHKEIT

Der „Lokale Aktionsplan“ und seine Umsetzung haben die Entwicklung der Stadtgesellschaft Potsdams nachhaltig geprägt. Rechte Straf- und Gewalttaten, der organisierte Rechtsextremismus und rechte Subkulturen sind zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Bündnisleitlinien kein vordergründiges Problem mehr. Dafür stellen die in den letzten Jahren bundesweit entstandenen neuen rechten, rechtsextremen und

rechtspopulistischen Bewegungen, Parteien und heterogenen Sammlungsbewegungen auch die Landeshauptstadt Potsdam vor besondere Herausforderungen. Ein Teil der Potsdamer*innen ist empfänglich für rechtsextreme, rechtspopulistische und damit verbundene menschenfeindliche Einstellungen oder teilt diese.

Diese Einstellungen und daraus resultierende Verhaltensweisen stehen den Grundwerten einer toleranten und weltoffenen Stadtgesellschaft entgegen. Das Bündnisengagement „Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ richtet sich deshalb gegen rechtsextreme, rechtspopulistische und menschenfeindliche Vorfälle und Entwicklungen in der Landeshauptstadt Potsdam. Diese Ausrichtung zeigt gleichzeitig die Grenzen von Toleranz und Weltoffenheit auf.

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus bezeichnet ein vielschichtiges Muster von *Einstellungen*, deren verbindendes Element die Vorstellung von ungleichen Wertigkeiten ist. Im sozialen Bereich ist diese gekennzeichnet durch gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen. Im politischen Bereich äußert sie sich in chauvinistisch-nationalistischen Einstellungen, verbunden mit einer Affinität zu autoritären oder gar totalitären Gesellschaftskonzepten und einem positiven Bezug zum Nationalsozialismus. Rechtsextreme Einstellungen finden sich in allen Gesellschaftsschichten. Sie sind Voraussetzung für rechtsextremes *Verhalten*. Rechtsextremes Verhalten drückt sich aus in der Wahl einer rechtsextremen Partei, in der Mitgliedschaft in oder Zugehörigkeit zu entsprechenden Parteien, Organisationen, Gruppen oder subkulturellen Szenen, in der Beteiligung an Aktionen, im Protest, in der Provokation und in offenen Anfeindungen, Gewalt oder Terror.

Leitlinie

Das Engagement gegen Rechtsextremismus ist elementar notwendig und deshalb eine Kernaufgabe der Bündnisarbeit. Rechtsextreme Einstellungen und daraus resultierendes Verhalten sind eine Gefahr für die demokratisch verfasste, tolerante und weltoffene Stadtgesellschaft, für die sich das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ seit seiner Gründung engagiert.

Rechtspopulismus

Leitlinie

Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ definiert Rechtspopulismus als eine Sonderform von Rechtsextremismus. Seine irreführenden Deutungsmuster bestätigen oder mobilisieren im besonderen Maße rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen. Er stellt deshalb eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Potsdamer Stadtgesellschaft dar. Das Engagement gegen Rechtspopulismus ist ein wesentlicher Bestandteil der Bündnisarbeit.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein Merkmal rechtsextremer Einstellungen im sozialen Bereich. Der Begriff fasst feindliche Positionen gegenüber spezifischen Gruppen von Menschen zusammen. Sie können rassistischer und antisemitischer, fremden- und islamfeindlicher, sexistischer und homophober oder sozialdarwinistischer Art sein. Jene Einstellungen sind Voraussetzung für gruppenbezogen menschenfeindliches Verhalten, welches sich in Wort und Tat, in Abwertung, Anfeindung, Ausgrenzung und Angriff ausdrücken kann. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit steht den verfassungsmäßig verbrieften Grund- und Menschenrechten entgegen.

Leitlinie

Gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen und daraus resultierendes Verhalten konterkarieren die Grundwerte einer toleranten und weltoffenen Stadtgesellschaft. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ betrachtet sein Engagement gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als elementare Stütze der Potsdamer Stadtgesellschaft.

Antisemitismus

Antisemitismus ist ein besonderes Element von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Der Begriff steht übergeordnet für alle Formen von Judenfeindschaft. Antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen erweisen sich als besonders hartnäckig und finden sich in allen Gesellschaftsschichten und bei Anhänger*innen verschiedener Religionen. Jüdisches Leben ist aufgrund der deutschen Geschichte und aus der Shoah resultierenden besonderen Verantwortung sowie der bis heute hartnäckig bestehenden

antisemitischen Einstellungen und daraus resultierenden Verhaltensweisen besonders zu schützen.

Leitlinie

Judenfeindschaft vor und nach 1945 kann religiös, ökonomisch, politisch oder rassistisch motiviert sein. Demzufolge gibt es die unterschiedlichsten Erscheinungsformen von antisemitischen Einstellungen und daraus resultierenden Verhaltensweisen. Sie stellen auf besondere Weise die tolerante und weltoffene Stadtgesellschaft in Frage. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ engagiert sich gegen Antisemitismus in all seinen Ausprägungen. In seinem Engagement gegen Antisemitismus berücksichtigt das Bündnis explizit alle Formen von Judenfeindschaft, auch jene, welche nicht rechtsextrem motiviert sind.

V. Organisations- und Kommunikationsstruktur des Bündnisses

Engagement

Das Bündnis hat sich seit der Gründung kontinuierlich weiterentwickelt und an Mitgliedern dazugewonnen. Für ein Engagement im Bündnis verfügen die Bündnismitglieder über unterschiedliche Ressourcen und Möglichkeiten: Einige arbeiten hauptamtlich und im Rahmen der Kernaufgaben ihrer Organisation, viele aber engagieren sich ehrenamtlich im und für das Bündnis.

Die Bündnismitglieder sind durch ihre gemeinsamen Werte, Ziele und Haltungen, wie sie in den hier vorliegenden *Leitlinien* zum Ausdruck kommen und ihr dahingehendes, gemeinsames Engagement *für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit* miteinander verbunden.

Mitgliedschaft

Mitglied des Bündnisses können in Potsdam tätige Organisationen (Vereine, Verbände, Initiativen, Einrichtungen, Netzwerke, demokratische Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung oder Unternehmen) werden, die sich zu den Bündnisleitlinien als Basis des gemeinsamen Engagements bekennen. Das Plenum entscheidet nach dem formlosen Antrag über die Aufnahme der Interessent*innen in das Bündnis.

Verdienstvolle Persönlichkeiten können als Ehrenmitglieder aufgenommen werden.

Das Bündnis lebt vom Engagement seiner Mitglieder. Die Beteiligung und die Verantwortungsübernahme in der Gremienarbeit und im Zuge von Aktionen sind Voraussetzung für eine wirksame Bündnisarbeit.

Mitglieder des Bündnisses werden gebeten, bei einem Wechsel der vertretungsberechtigten Personen / Ansprechpartner:innen (Vorstände, Geschäftsführungen etc.) dies der Koordinierungsstelle anzuzeigen und ihre Mitgliedschaft zu bestätigen. Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung erneuern ihre bestehende Mitgliedschaft jeweils nach der Kommunalwahl durch Erklärung gegenüber der Koordinierungsstelle und Benennung einer Ansprechperson.

Mitglieder können aus dem Bündnis ausgeschlossen werden, wenn sie öffentlich und wiederholt in einer Weise agieren, die mit diesen Leitlinien unvereinbar ist. Das Mitglied ist vom Lenkungsgremium anzuhören, das eine Empfehlung gegenüber dem Plenum abgibt. Für einen Ausschluss ist eine Entscheidung des Plenums mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Die Beendigung der Mitgliedschaft durch eine Mitgliedsorganisation erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Lenkungsgremium.

Struktur des Bündnisses

Das Bündnis besteht aus (a) dem **Plenum**, (b) dem **Lenkungsgremium**, (c) den ständigen und anlassbezogenen **Arbeitsgemeinschaften (AGs)** und (d) der **Koordinierungsstelle**.

a) Plenum

Das **oberste Entscheidungsgremium** des Bündnisses ist das **Plenum**. Es trifft sich halbjährlich regulär im Rahmen einer Bündnissitzung. Die Möglichkeit für die Mitglieder und das **Lenkungsgremium**, eine Sondersitzung einzuberufen, besteht jederzeit. Für die inhaltliche Vorbereitung, Ausgestaltung und die Moderation der Sitzung ist das **Lenkungsgremium** verantwortlich.

Jedes Mitglied entsendet eine*n Vertreter*in zu den Sitzungen. Es ist den Mitgliedern überlassen, ob es ständige oder wechselnde Vertreter*innen entsendet. Alle Mitglieder stimmen gleichberechtigt ab. Die Mitglieder fassen während der Sitzungen Beschlüsse, informieren und tauschen sich aus über aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und beschließen Aktionen. Sie verabschieden darüber hinaus den durch das **Lenkungsgremium** vorgeschlagenen jährlichen **Aktionsplan**.

Funktion und Aufgaben des Plenums:

- Oberstes Entscheidungsgremium, Arbeits- und Diskussionsraum,
- Verabschiedung der jährlichen Aktionspläne und
- Beschlussfassung und Einrichtung von AGs*

**) AGs können auch vom Lenkungsgremium eingerichtet werden*

b) Lenkungsgremium

Das **Lenkungsgremium** *koordiniert* die **inhaltliche Arbeit** des Bündnisses und die Umsetzung der im **Plenum** gefassten Beschlüsse. Es verantwortet den Inhalt, die Ausgestaltung und die Moderation der Bündnissitzungen. Das **Lenkungsgremium** erstellt die vom **Plenum** zu beschließenden jährlichen **Aktionspläne** und vertritt das Bündnis in der Öffentlichkeit.

Das **Lenkungsgremium** besteht aus den folgenden Mitgliedern:

- Der/ dem OBM als Vorsitzende*n des Bündnisses,
- zwei Sprecher*innen (Stellvertreter*innen),
- weiteren Mitgliedern, deren Anzahl durch das Plenum für jede Amtsperiode bestimmt wird und
- der Koordinierungsstelle als beratendes Mitglied.

Mit Ausnahme des/ der OBM werden sowohl die Sprecher*innen, als auch die weiteren Mitglieder des Lenkungsgremiums für die Dauer von **zwei Jahren** durch das **Plenum** gewählt. Jedes Mitglied ist berechtigt, Kandidat*innen vorzuschlagen.

c) Arbeitsgemeinschaften

Temporäre, selbstorganisierte AGs sind fester Bestandteil der Bündnisarbeit. Sie werden zu bestimmten Anlässen und spezifischen Themen durch das Plenum oder das Lenkungsgremium beschlossen und eingerichtet. Die AGs arbeiten eigenständig. Dabei werden sie von der Koordinierungsstelle unterstützt.

- AG Kommunikation

Diese AG arbeitet gemeinsam mit der Koordinierungsstelle auf der Basis einer internen und

externen Kommunikationsstrategie. Die *interne* Kommunikation fokussiert auf eine gleichberechtigte Kommunikation innerhalb des Bündnisses, die *externe* Kommunikation fokussiert auf eine adäquate Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses.

Die AG Kommunikation arbeitet eng mit dem Lenkungsgremium und der Koordinierungsstelle zusammen.

- AG Aktion

Die AG Aktion reagiert im Rahmen der Leitlinien mit geeigneten Aktionen im öffentlichen Raum auf demokratiefeindliche, rechtsextreme und menschenfeindliche Ereignisse und Entwicklungen in Potsdam. Sie initiiert, organisiert, mobilisiert Bündnisaktionen und -veranstaltungen und führt diese durch.

Die AG unterstützt bei Bedarf bei der Umsetzung der durch das Plenum beschlossenen jährlichen Aktionspläne. Sie arbeitet eng mit dem Lenkungsgremium und der Koordinierungsstelle zusammen.

d) Koordinierungsstelle

Die *Koordinierungsstelle* ist Ansprechpartner*in für alle Bündnismitglieder und Interessent*innen; sie koordiniert und vernetzt, verwaltet und organisiert, berät und informiert. Gemeinsam mit dem Lenkungsgremium und der AG Kommunikation gewährleistet die Koordinierungsstelle eine adäquate Öffentlichkeitsarbeit und Außendarstellung. Sie unterstützt die Mitglieder und Bündnisgremien bei der Ausgestaltung des Bündnisengagements.

Funktionen und Aufgaben der Koordinierungsstelle:

- Mittelverwaltung, Akquise, Budget
- Bündnisorganisation
- Servicestelle für Mitglieder und Interessent*innen, Betreuung und Beratung
- Repräsentation des Bündnisses in Abstimmung mit dem Lenkungsgremium
- Umsetzung von Aufträgen der*des Vorsitzenden, des Lenkungsgremiums und des Plenums
- Interne und externe Kommunikation
- Vertretung des Bündnisses als Mitglied im „Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus“

VI. ZUSAMMENFASSUNG

In seinem Engagement „Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ schöpft das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ alle Möglichkeiten als Aktionsbündnis aus. Es mobilisiert bei Handlungsbedarf wahrnehmbar im öffentlichen Raum vielfältigen, kreativen Protest und Aktionen gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur*innen, Organisationen und Parteien sowie gegen gruppenbezogen menschenfeindliche Vorfälle und Entwicklungen in der Stadt. In der internen wie externen Aufklärung, Beratung, Information, Vermittlung und Fortbildung über rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur*innen, Organisationen sowie Parteien und die Verbreitung und Wirkungsweisen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit greift das Bündnis als Netzwerk und Informationspool. Vorfälle und Entwicklungen, welche die im Leitbild der Landeshauptstadt verfassten Grundwerte der Potsdamer Stadtgesellschaft in Frage stellen oder bedrohen, werden von den Bündnismitgliedern nicht widerspruchslos hingenommen.

Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ setzt sich seit 2002 für eine tolerante und weltoffene Stadtgesellschaft ein, die auf ein demokratisches, solidarisches und chancengleiches Miteinander baut. In seinem Engagement „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ unterstützt das Bündnis die Landeshauptstadt Potsdam in der Beförderung und Verteidigung einer Stadtgesellschaft im Sinne einer „Stadt für alle“.

Danksagung

Die vorliegenden Bündnisleitlinien sind das Ergebnis eines internen Beteiligungsprozesses seit 2016. Das Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum stand dem Bündnis dabei beratend zur Seite. Die Leitlinien wurden 2019 veröffentlicht und 2022 mit den Organisations- und Kommunikationsstrukturen des Bündnisses ergänzt. Die Mitglieder des Bündnisses bedanken sich bei der Koordinierungsstelle und der internen Steuerungsgruppe für die Unterstützung, die Organisation und Textarbeit.